



Die Staatspräsidenten Luiz Inácio Lula da Silva (Brasilien), Xi Jinping (China), Matamela Cyril Ramaphosa (Südafrika), Indiens Premierminister Narendra Modi und der russische Aussenminister Sergei Lawrow am Brics-Gipfel 2023 in Johannesburg.

GIANLUIGI GUERCI/A/P

Der Traum von einer multipolaren Welt

Nächste Woche treffen sich die Brics-Länder zu ihrem Gipfel im russischen Kasan. Mit der Kampfansage an die Vorherrschaft des Westens zieht das Bündnis Staaten des Südens an. Es wird zu einem ernstzunehmenden Machtfaktor. Gastkommentar von Herbert Wulf

Rund vierzig Länder haben ihr Interesse an einer Brics-Mitgliedschaft bekundet: unter anderem Thailand, Malaysia, Indonesien und Bangladesch, Algerien, die Demokratische Republik Kongo und Nigeria, Bolivien, Kuba und Venezuela und sogar das Nato-Land Türkei. Was bedeutet die mögliche Erweiterung für die Zukunft der Staatengruppe Brics und für die «regelbasierte Weltordnung», auf deren Aufrechterhaltung die demokratischen Länder des Westens pochen? Werden die Brics-Staaten zur neuen Stimme des globalen Südens? Bis jetzt handelt es sich um eine lose Gruppierung, eine negierende Koalition, die vor allem einen Konsens darüber hat, was sie ablehnt.

Als Jim O'Neill 2001, damals Goldman-Sachs-Manager, die Abkürzung Brics «erfand», sagte er voraus, dass sich die Länder Brasilien, Russland, Indien und China zu weltwirtschaftlichen Schwergewichten entwickeln würden. 2009 gründeten diese vier Länder den Brics-Verband und vereinbarten regelmässige Konsultationen sowie Kooperationen.

Attraktiver denn je

2011 wurde auch Südafrika Mitglied, und seitdem firmiert die Staatengruppe als Brics. 2024 kamen Ägypten, Äthiopien, Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate hinzu. Zentrales Anliegen ist eine neue Weltordnung. Die Brics-Staaten wollen die westlich dominierten weltwirtschaftlichen Institutionen, insbesondere den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO), aber auch die Uno mit ihren zahlreichen Unterorganisationen reformieren.

Die Brics-Gruppe umfasst Staaten, ausser Russland alles Schwellenländer, die mit der herrschenden Weltordnung unzufrieden sind. Die Mitgliedsländer kritisieren, in unterschiedlicher Vehemenz, das liberale Narrativ von Demokratie und Menschenrechten, das von westlich-liberalen Regierungen oft lehrmeisterhaft vorgetragen wird. Das Zweckbündnis wurde international zunächst nicht als ernste Herausforderung

Die Interessenlage der einzelnen Länder ist zu unterschiedlich, als dass aus dem losen Zusammenschluss eine schlagkräftige Organisation geschaffen werden könnte.

angesehen. Heute, in der zweiten Dekade seines Bestehens, ist das Brics-Bündnis attraktiver denn je zuvor. Die erweiterte Brics-plus-Gruppe könnte in der Tat zu einem geopolitischen Umbruch führen und die bisherigen globalen Machtverhältnisse grundsätzlich verändern. Obwohl Russland, das mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine das Völkerrecht schwer verletzt, ein massgebliches Mitglied ist, bleibt der Verbund für viele Länder des globalen Südens interessant. Entscheidend dafür ist der rasante wirtschaftliche Aufschwung. Mehr als 40 Prozent der Weltbevölkerung leben in den ursprünglichen fünf Brics-Mitgliedsländern. Inzwischen ist das Bruttosozialprodukt der Brics-Gruppe grösser als jenes der G-7-Länder. Die jetzigen Brics-Länder erwirtschafteten 2023 knapp 35 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung, die G-7-Länder (Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA) rutschten von einem Anteil von rund 50 Prozent am Welt-Bruttosozialprodukt Anfang der achtziger Jahre auf heute 30 Prozent ab.

Wenn einige der erdölproduzierenden Länder als Neumitglieder hinzukommen, wird der grösste Teil der globalen Ölproduktion von Brics-Ländern kontrolliert. Grund für die Attraktivität der Vereinigung ist neben dem rasanten Wirtschaftswachstum Chinas und seit einiger Zeit auch Indiens vor allem das Konzept einer multipolaren Welt, einer Welt, in der es gerechter zugeht. Dieses Konzept wirkt wie ein Magnet.

Unerwarteterweise hat der Krieg Russlands gegen die Ukraine die Stärkung der Brics-Gruppe zur Folge. Zwar stimmten auch viele Länder des globalen Südens der Uno-Resolution vom März 2022 zu, die Russlands Angriffskrieg verurteilte. Doch von den fünf Brics-Ländern gab nur Brasilien sein Plazet, Russland stimmte selbstverständlich dagegen, und China, Indien und Südafrika enthielten sich der Stimme. Das Ziel der westlichen Allianz war, Russland zum internationalen Paria zu machen und durch möglichst umfassende Sanktionen wirtschaftlich zu treffen. Eine nicht beabsichtigte Folge dieser Sanktionen waren jedoch gravierende Störungen des internationalen Handels. Keines der Brics-Län-

der sowie der übrigen Schwellenländer unterstützte Russland offen, aber sie sind besorgt, weil die umfassenden westlichen Sanktionen gegen Russland auch im globalen Süden negative Konsequenzen haben. Den meisten Regierungen im globalen Süden sind, aus verständlichen Gründen, die eigenen wirtschaftlichen Interessen wichtiger als ein Boykott Russlands.

Durch den Krieg in der Ukraine haben sich die Spannungen zwischen dem Westen – vor allem den USA als Hegemonen der freien Welt – und dem globalen Süden weiter verstärkt. Der Süden fühlt sich unter Druck gesetzt, bei einem Krieg in Europa Partei zu ergreifen, während andere Kriege im Süden, ob im Sudan, in Jemen, in Ländern der Sahelzone oder sonst wo, nur dann Aufmerksamkeit in westlichen Medien finden, wenn unmittelbare Interessen tangiert sind. Wladimir Putins Mantra für eine multipolare Welt, in der die USA nicht mehr das Sagen haben, wird in den Ländern des globalen Südens weitgehend geteilt. Für sie ist die Zeit abgelaufen, da die USA als globaler Polizist auftreten konnten.

Aber die Brics-Gruppe ist kein durchstrukturierter Staatenverbund mit Exekutive und Legislative wie etwa die EU. Sie verfügt nicht einmal über ein zentrales Sekretariat. Innerhalb des Brics-Bündnisses ist das ökonomische Gewicht extrem ungleich verteilt. Mehr als 70 Prozent des Bruttosozialprodukts der ursprünglichen Brics-Gruppe erwirtschaftet China. Das Pro-Kopf-Einkommen ist in Russland fünf Mal so hoch wie in Indien.

Zwei Mitglieder (China und Russland) bremsen die Ambitionen Brasiliens, Indiens und Südafrikas aus, ständige Mitglieder des Uno-Sicherheitsrats zu werden. Konflikte zwischen Indien und China, den beiden Schwergewichten im Klub, sind längst nicht beigelegt und führen immer wieder zu militärischen Grenzstreitigkeiten im Himalaja. Auch zwischen den Neumitgliedern Äthiopien und Ägypten gibt es traditionell anhaltenden Streit um die Nutzung des Nilwassers. Und mit Iran hat sich die Brics-Gruppe einen Terror-Paten in den Verbund geholt. Das Brics-Bündnis bleibt ein loser Zusammenschluss, der vor allem die gemeinsamen Interessen betont. Dazu gehören insbesondere Handel und Entwicklung. Die Brics-Länder wollen mehr miteinander handeln und sich vom Dollar als Welt-Reservewährung lösen.

Demokraten und Autoritäre

Zunächst planten sie, zwecks «Entdollarisierung» des Welthandels eine eigene Währung zu schaffen, um den Einfluss der USA im globalen Handel zu verringern. Dieses Projekt scheiterte jedoch, weil keine solide wirtschaftliche Basis für eine Brics-Währung vorhanden war. Jetzt konzentriert sich die Brics-Gruppe darauf, bilaterale grenzüberschreitende Zahlungssysteme zu schaffen. China hat diese Bemühungen angeführt und beschleunigte die Entwicklung des Cross-Border Interbank Payment System (Cips) – eines Renminbi-Abwicklungsmechanismus. Russland und Indien wollen ihre jeweiligen Zahlungssysteme (Russlands Mir und Indiens Rupy) integrieren. Der russisch-chinesische Handel wird, vor allem als Folge westlicher Sanktionen, nur noch zu rund einem Viertel in Dollar oder Euro abgewickelt, der grössere Teil inzwischen in Renminbi-Yuan und Rubel. Noch vor fünf Jahren wurden rund 85 Prozent von Russlands Exporten nach China und zwei Drittel der Importe in Dollar oder Euro getätigt.

Reichen die Vorstellungen des Brics-Bündnisses aus, um eine neue Weltordnung zu schaffen? Brics ist kein homogener Block – demokratisch gewählte und autoritäre Regierungen kooperieren miteinander. Die Aufnahme neuer Mitglieder hat zwei unterschiedliche, gegenläufige Konsequenzen. Einerseits wird das wirtschaftliche Gewicht weiterwachsen, und vermutlich wird die Brics-plus-Gruppe auch in Zukunft der Motor der Weltwirtschaft sein. Unternehmen aus den USA, Europa und Asien müssten sich auf neue Spielregeln einlassen, die von Brics plus vorgegeben werden. Mit dem gewachsenen geopolitischen Gewicht wird man die Interessen von Brics plus stärker berücksichtigen müssen als bisher.

Andererseits aber bedeutet die Aufnahme neuer Mitglieder eine noch grössere Heterogenität der Gruppe. Die Interessenlage der einzelnen Länder ist zu unterschiedlich, als dass aus dem losen Zusammenschluss eine schlagkräftige Organisation geschaffen werden könnte. Dass die Erweiterung des Brics-Bündnisses nicht reibungslos verläuft, zeigt die Tatsache, dass Argentiniens Regierung unter Präsident Milei eine Einladung zur Mitgliedschaft zurückwies. Saudiarabien, 2024 ebenfalls gebeten, Mitglied zu werden, zögert noch. Manche der potenziellen Neumitglieder kämpfen mit wirtschaftlichen Krisen oder befinden sich gar im Krieg mit Nachbarländern. Schon vor der Aufnahme der neuen Mitglieder konnte von Geschlossenheit innerhalb des Brics-Verbandes keine Rede sein. Die Interessenkonflikte und internen Probleme in der Brics-plus-Gruppe werden voraussichtlich noch weiter anwachsen.

Trotzdem wäre es für den Westen eine kluge Strategie, auf die berechtigten Wünsche nach einer Veränderung der globalen Wirtschaftsarchitektur einzugehen. Trotz allen Schwierigkeiten ist absehbar, dass die Potenz dieser Gruppierung weiter wachsen wird.

Der Friedens- und Konfliktforscher Herbert Wulf leitete lange Jahre das Bonn International Center for Conversion (BICC).